

16.01.2018

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zum Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP „NRW muss Industrieland Nr. 1 in Deutschland bleiben – Industriepolitische Leitlinien weiterentwickeln: für mehr Wachstum und Beschäftigung“ (Ds. 17/1659)

NRW als Industrieland Nr.1: den Wandel intelligent und aktiv gestalten statt neoliberaler Marktentfesselung

1. Ideenplagiate und Unfähigkeit bestimmen Industriepolitik der Landesregierung

Am Mittwoch, den 14.12.2017, hat Digitalminister Pinkwart den sogenannten Stahlgipfel für NRW abgesagt. Grund der zuvor veröffentlichten Absage der Teilnahme der IG Metall ist der Umstand dass sie die industriepolitische „Haltung des Nichtstuns“ der Landesregierung mit Blick auf die Stahlindustrie, aber auch andere Industriebereiche, nicht durch ihre Teilnahme legitimieren wolle.

Es drohen derzeit Stellenstreichungen bei Siemens, General Electric und Goodrich Control Systems in der nordrhein-westfälischen Metall- und Elektroindustrie. Bei ThyssenKrupp konnte nur aufgrund des massiven Drucks der Gewerkschaft für den Fall, dass die Fusion mit Tata Steel zustande kommt, eine Standortsicherung und umfassende Investitionen in die Zukunftsfähigkeit der ThyssenKrupp-Stahlwerke erreicht werden. Die Landesregierung hat in dem Prozess vor allem die Konzernleitung bei ihren Steuersparplänen im Zuge der Sitzverlagerung des fusionierten Unternehmens und den Rationalisierungsmaßnahmen unterstützt, ohne sich für die Interessen und Vorschläge der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft hinreichend stark zu machen.

Die Landesregierung hat diese Vorgehensweisen der Unternehmen als unternehmerische Einzelentscheidungen bezeichnet und keine substantiellen Initiativen ergriffen, um diese Entwicklungen im Sinne der Beschäftigten in eine andere Richtung zu lenken. Die von der vorherigen Landesregierung eingeführten und gepflegten Dialogforen wie der „Allianz Wirtschaft und Arbeit 4.0 NRW“ liegen brach

Datum des Originals: 16.01.2018/Ausgegeben: 17.01.2018

oder scheitern wie der Stahlgipfel am Dilettantismus der Koalition. Sie offenbart damit ihre ganze industriepolitische Unfähigkeit. Um nun ihrer bisherigen „Der Markt zuerst“-Politik doch noch etwas substanzielle Grundlage zu verleihen, greift sie auf die industriepolitischen Leitlinien des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers Garrelt Duin zurück und will diese weiterentwickeln. Folgt sie dabei ihren bisherigen Ansätzen, wird von der ursprünglichen Qualität und den dort verankerten Zielen wie guter Arbeit und nachhaltiger Entwicklung kaum etwas übrig bleiben.

Eine klare industriepolitische Linie der Mitte-Rechts-Koalition ist nicht erkennbar. Während im Zuge der Jamaika-Sondierungen auf Bundesebene Ministerpräsident Laschet bereit war, erhebliche Kohlekraftwerkskapazitäten abzuschalten, versuchte die FDP dies zu verhindern. Während CDU-Arbeitsminister Laumann im Zuge der möglichen Fusion von ThyssenKrupp und Tata Steel die Sitzverlagerung des neuen Stahlunternehmens in die Niederlande kritisierte, sieht der FDP-Digitalminister Pinkwart darin nur schulterzuckend eine unternehmerische Entscheidung.

2. Herausforderungen des Industriestandortes NRW erkennen und Perspektiven aktiv gestalten

Die EU-Kommission hat in ihrer Europa 2020-Strategie das Ziel eines intelligenten, inklusiven und nachhaltigen Wachstums ausgegeben. Dies hat sie verbunden mit dem Ziel einer aktiven Re-Industrialisierung. Nordrhein-Westfalen sollte diese Strategie unterstützen, damit unser Industriestandort gesichert und weiterentwickelt werden kann.

Die EU hat neue gesellschaftliche Herausforderungen identifiziert, die die Märkte verändern. Dazu gehören der demografische Wandel, soziale Ungerechtigkeit oder der Umwelt- und Klimaschutz ebenso wie die Digitalisierung oder neue Werkstoffe. Industrielle Produktion hierzulande wie auch im globalen Maßstab wird sich daher ebenfalls verändern müssen, sie bleibt aber unverzichtbar für die effiziente Bereitstellung von Gütern einerseits und guter Arbeit andererseits. Bei allem technischen Fortschritt ist das menschliche Wissen und Können die wesentliche Ressource.

Viele Industrieunternehmen in NRW verfügen insbesondere durch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über umfassenden Kompetenzen, die durch aktive politische Unterstützung und entsprechende Maßnahmen der Landespolitik für eine aktive Gestaltung des Strukturwandels genutzt werden können. Bislang überwiegt bei den Innovationen in NRW oftmals die Prozess- vor den Produktinnovationen, was zu Rationalisierungen, aber weniger zum Erschließen neuer Wachstumsmärkte führt. Umso wichtiger ist es, die Leitmärkte der Zukunft zu erkennen, darauf sowohl die Forschungspolitik wie auch gezielte strukturpolitische Projekte und Programme des Landes auszurichten und damit Unternehmen wie Gründerinnen und Gründer beim Erschließen dieser Leitmärkte nachdrücklich zu unterstützen.

Die wesentlichen Ansätze hierfür hat der Landtag auf Vorschlag von SPD und Grüne mit dem Antrag „Fortschritt durch Industrie 4.0 für NRW gestalten – Investitionen und Innovation für gute Arbeit fördern“ (Ds. 16/12853) am 8. März 2017 beschlossen.

Die Industriepolitik der CDU und FDP setzt dagegen auf die schlichte Anpassung an die Marktentwicklungen und plumpe Tonnage-Logik. Es fehlt jedwede Vorstellung davon, für wen und für was welche Formen moderner Industrieproduktion in NRW Nutzen stiften sollen. Welche großen gesellschaftlichen Herausforderungen für uns in NRW und darüber hinaus bestehen und was daraus für die künftigen Leitmärkte und darauf ausgerichtete moderne Industrie folgt, wird nicht einmal angedacht. Welche Folgen der mit diesen Entwicklungen einhergehenden Strukturwandel für die Beschäftigten hat, wird ausgeblendet. Wie der Fortschrittmotor Klimaschutz in Wettbewerbsvorteile für die hiesige Industrie umgesetzt werden kann, wenn weltweit infolge des Pariser Abkommens immer strengere Klimaschutzvorgaben auf mittlere und lange Sicht umgesetzt werden, wird nicht einmal thematisiert. Schlimmer noch, am Beispiel der Windenergie macht die Koalition deutlich, wie sie eine Zukunftsindustrie mit über 18.000 Arbeitsplätzen in NRW systematisch bekämpft und damit der in den industriepolitischen Leitlinien geforderten verstärkten Ausbau der Windenergie verhindert wird.

3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- die „Allianz Wirtschaft und Arbeit 4.0“ in ihrer bewährten Form wieder zu aktivieren und die dort begonnen Arbeit fortzusetzen.
- die Rahmen der Europa 2020-Strategie der EU festgehaltenen Zielsetzungen eines inklusiven, nachhaltigen und intelligenten Wachstum bei ihrer Industriepolitik zu berücksichtigen.
- die Kompetenzen und Erfahrungen der Beschäftigten durch die Einbeziehung ihrer Gewerkschaften und Betriebsräte auf allen Ebenen der Wirtschafts- und Strukturpolitik zu berücksichtigen.
- erneut einen Stahlgipfel unter Einbeziehung der IG Metall einzuberufen, und dort unter Berücksichtigung der Interessen und Themenvorschläge aller Beteiligten über Probleme und Lösungsansätze für die Stahlindustrie in NRW zu beraten.
- bei öffentlichen Ausschreibungen wie etwa dem Brückenbau soziale und ökologische Nachhaltigkeitsaspekte zur berücksichtigen, damit es bei Investitionen in die Infrastruktur keine Wettbewerbsverzerrungen zulasten von CO₂-arm hergestelltem einheimischen Qualitätsstahl gegenüber dem Import von zu Dumpinglöhnen und unter schlechten Umweltbedingungen produzierten Stahl gibt.
- von der Bekämpfung der Windindustrie in NRW abzusehen und von den restriktiven Vorschlägen bzgl. der Windenergie z.B. im Landesentwicklungsplan und beim Windenergieerlass Abstand zu nehmen.

Norbert Römer
Marc Herter
Michael Hübner
Frank Sundermann

und Fraktion